

DIE ZEIT, 6.4.2000

Falsche Freunde

Die Abhörpraxis des US-Geheimdienstes NSA gerät in Europa zunehmend unter Beschuss. Aber die Amerikaner schweigen

Von Oliver Schröm und Thomas Schuler

Anfangs war sich Ministerialrat Hans-Josef Vorbeck seiner Sache noch sicher: "Wir haben von den Amerikanern die Erklärung bekommen, dass sie keine Wirtschaftsspionage betreiben und wir haben keinen Anlass, dieser Erklärung nicht zu folgen." Selbstbewusst begann Vorbeck seine Ausführungen vor zwei Dutzend deutschen Militärs, Geheimdienstlern und Sicherheitschefs großer Unternehmer. Die Bundesakademie für Sicherheit hatte im Januar auf die Rosenburg bei Bonn geladen, um über ein brisantes Thema zu beraten: Wirtschaftsspionage durch befreundete Staaten.

Vorbeck gilt als Experte. Seit 1987 im Bundeskanzleramt, ist er dort als Referatsleiter auch für das Thema Wirtschaftsspionage zuständig. Doch bei der Januartagung erntete er heftigen Widerspruch. Geheimdienstler wiesen auf die fast unbegrenzten technischen Möglichkeiten des US-Geheimdienstes National Security Agency (NSA) hin, der große Horchposten im bayerischen Bad Aibling und im britischen Menwith Hill unterhält.

Jetzt bekamen die Skeptiker eine unerwartete Bestätigung aus erstklassiger Quelle: Bill Clintons ehemaliger CIA-Chef R. James Woolsey räumte in Zeitungsartikeln (ZEIT Nr. 14/00) ein: "Ja, meine kontinentaleuropäischen Freunde, wir haben euch ausspioniert." Als CIA-Direktor hatte Woolsey Einblick in die NSA-Aktivitäten. Allerdings bestreitet er, dass die US-Geheimdienste ihre Informationen an amerikanische Unternehmen weitergeben.

Begründung: "Die meiste europäische Technologie lohnt den Diebstahl einfach nicht." Allerdings seien die USA zur Spionage gezwungen, weil europäische Unternehmen sich regelmäßig mit Bestechungsgeldern einen Wettbewerbsvorteil erkaufen. So habe der europäische Flugzeugriese Airbus 1994 versucht, einen 6-Milliarden-Auftrag aus Saudi-Arabien zu bekommen. Weil die NSA davon erfuhr, konnte die US-Regierung intervenieren. Statt Airbus bekam Boeing den Auftrag.

Das überraschend deutliche Eingeständnis des früheren CIA-Chefs Woolsey kommt zu einer Zeit, in der die NSA mächtig unter Druck geraten ist. Eine zuvor veröffentlichte EU-Studie hatte den Amerikanern massive Wirtschaftsspionage vorgeworfen. Nun fragt man sich in Brüssel, ob Woolsey die volle Wahrheit sagt. Die NSA jedenfalls schweigt bis heute zu den Vorwürfen, will nicht einmal bestätigen, dass sie befreundete Staaten abhört.

Den stärksten Beleg dafür hatte die Bundesrepublik - und gab ihn einfach aus der Hand. 1992 tauchten in der Gauck-Behörden 13 088 Seiten Dokumente aus dem Schatz der Stasi auf, die erstmals detailliert belegten, wie dreist die NSA zumindest bis 1987 den Westen ausspähte. Stasi-Chef Erich Mielkes Schnüffler war es gelungen, einen Agenten (Deckname: "Paul") in den deutschen NSA-Filialen zu platzieren. Es handelte sich dabei um den US-Unterroffizier James Hall, der die Dokumente in Plastiktüten aus seiner Dienststelle schmuggelte.

Darunter befanden sich 4258 Seiten der so genannten National Signit Requirement List (NSRL) der NSA. Das Top-Secret-Dokument, eine Art Fünfjahresplan des US-Dienstes, führte detailliert auf, welches westliche Land abgehört werden kann und was von besonderem Interesse ist. Etwa 30 Seiten waren dabei der deutschen Innen- oder Außenpolitik sowie der Nuklear- und militärischen Forschung made in Germany gewidmet.

Doch 1992 übergab die damalige Bundesregierung die Originale samt 8830 weiteren die NSA betreffenden Unterlagen an die USA, ohne zuvor Kopien zu erstellen - der bis heute einzige Beweis für die NSA-Spionage. Als im vergangenen Sommer das eigenartige Vorgehen der Kohl-Regierung durch den Spiegel publik gemacht wurde, teilte das Bundesinnenministerium mit: "Aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrages" sei man verpflichtet gewesen, amerikanische "Verschlusssachen vor unbefugter Kenntnisnahme zu schützen".

Der neuseeländische Friedensaktivist Nicky Hager veröffentlichte 1996 nach mehrjähriger Recherche das Buch Secret Power, die bis dato umfangreichste Analyse des weltweiten Treibens der NSA. Mit einem Jahresbudget von rund vier Milliarden Mark und rund 30 000 Mitarbeitern ist sie der größte US-Geheimdienst. Erstmals veröffentlichte Hager auch brisante Details über die gigantischen Möglichkeiten des Abhörsystems Echelon (deutsch: Staffel) - eines Produkts des Kalten Krieges. Mitglieder sind neben den USA und Grossbritannien die Commonwealth-Staaten Australien, Kanada und Neuseeland.

Unter amerikanischer Führung können diese Staaten mittels mehr als eines Dutzends Horchposten flächendeckend die Kommunikation der gesamten Welt abhören: jedes Telefongespräch, jedes Fax, jede E-Mail. Echelon fängt in jeder Minute mehrere Millionen Gespräche, Faxe und E-Mails ab. Anhand von Schlüsselbegriffen - etwa "UN-Sanktionen" und "Irak" - werden die interessanten herausgefiltert. Hager fand auch heraus, dass mit Echelon nicht nur militärische Spionage betrieben, sondern auch gezielt private und geschäftliche Kommunikation abgehört wird.

Die NSA will die Existenz von Echelon weder bestätigen noch dementieren. Dabei sind inzwischen eine Reihe weiterer Indizien bekannt geworden: Der Leiter des australischen Sicherheitsdienstes Defence Signals Directorate (DSD), Martin Brady, hatte im März 1999 einem Radiosender die Existenz des Abhörsystems bestätigt. Zuvor hatte der kanadische Exgeheimdienstler Mike Frost in einem Buch seine Abhörtätigkeit für die NSA beschrieben.

Im Januar fand Jeffrey Richelson, ein Mitarbeiter des Forschungsinstituts National Security Archives der George Washington University, ein Dokument eines NSA-Horchpostens aus dem Jahr 1992, in dem der Name Echelon auftaucht.

In einem Dokument aus dem Jahr 1995 wird die US-Lauschanlage im bayerischen Bad Aibling als Teil des Echelon-Systems genannt. Im Februar erstattete der schottische Journalist und Geheimdienstspezialist Duncan Campbell dem Europäischen Parlament Bericht. "Das System existiert", sagte er, "Wir haben Beweise." Seine Erkenntnis: Echelon diene vor allem der Wirtschaftsspionage.

Offiziell bestreitet die NSA, der US-Wirtschaft zuzuarbeiten. Der amerikanische Geheimdienstmitarbeiter Colonel Dan Smith, bis 1993 als Militärattaché an der Londoner

Botschaft stationiert, betonte in einem BBC-Interview, die NSA spioniere nicht im Auftrag einzelner US-Unternehmen.

Er gab aber auch zu, dass die Ziele so breit ausgewählt seien, dass man "unvermeidlich" auch Kommunikation aufzeichne, die militärisch nicht relevant sei, darunter manche geschäftliche Kommunikation. Die offizielle Linie lautet also: Wirtschaftsspionage ist nicht Hauptaufgabe, sondern Zufallsprodukt.

Fest steht jedoch, dass sich Privatwirtschaft und Geheimdienst zuletzt immer mehr angenähert haben. So tat die Unternehmensberatung Price Waterhouse, was nach einem Bericht des Fachblatts Government Executive "viele andere Privatfirmen" getan haben: Sie wandte sich an die NSA, um einige der besten Computeranalysten abzuwerben. Mit etlichen Firmen hat die NSA vereinbart, zusammenzuarbeiten - solange die Unternehmen die NSA-Mitarbeiter nicht gegen den Willen der Agency abwerben.

Die Annäherung der NSA an die Privatwirtschaft ist seit Anfang der neunziger Jahre im Gange, als die NSA nach dem Ende des Kalten Krieges ihren 4-Milliarden-Dollar-Etat kürzen und Mitarbeiter entlassen musste. Die vielen Abgänge schienen völlig unkoordiniert zu sein. Dabei sind im Rahmen eines Programmes Soft Landing etliche der erfahrensten Analysten an Privatunternehmen vermittelt worden. Damit verfügt die NSA auf unauffällige Art über zahlreiche Kontakte zu Unternehmen.

William P. Crowell etwa arbeitete sich in mehr als 30 Jahren bei der NSA zum stellvertretenden Nachrichtendienstchef hoch, bevor er im September 1997 in Pension ging. Seither berät Crowell als Vizepräsident die kalifornische Informationstechnologiefirma Cylink. Stewart Baker, der die NSA jahrelang rechtlich beraten hatte, arbeitet nun für Steptoe & Johnson, eine Kanzlei in Washington. Sogar ein ehemaliger Direktor der NSA ging in die freie Wirtschaft: John McConnell leitete die NSA von Mai 1992 bis Februar 1996.

Danach arbeitete er für die Unternehmensberatung Booz, Allen & Hamilton. Thomas McDermott hat mehr als 30 Jahre für die NSA gearbeitet, zuletzt als einer der Sicherheitschefs. 1997 ging er in Pension und trat eine Stelle als Sicherheitschef bei der High-Tech-Firma CACI an. Die Abgänge verdienter Mitarbeiter seien nicht unbedingt negativ zu sehen, sagt er. Die NSA könne sich auf ihre Hilfe verlassen. "Wir stehen immer noch zur Verfügung."

Sind europäische Firmen korrupter als amerikanische?

In Europa will man nun dem Treiben des US-Geheimdienstes entgegenreten. Vergangene Woche hat das Europäische Parlament die erste Hürde auf dem Weg zu einem Untersuchungsausschuss genommen. Im April entscheidet das Parlament darüber. Der portugiesische Innenminister Fernando Gomes will das Thema Ende Mai im Kreise der europäischen Innen- und Justizminister zur Sprache bringen.

Denn nur in Ausnahmefällen, etwa zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, sei das Abhören gerechtfertigt. Kommissionssprecher Jonathan Faull bezeichnete Woolseys Rechtfertigungshinweis, europäische Firmen seien nun mal korrupter als amerikanische, als "unerhörtes Lallen".

Deutsche Politiker haben das Problem bislang hartnäckig ignoriert. In den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln kommen beim Thema Wirtschaftsspionage die Agenten stets aus dem Osten. Und Ernst Uhrlau, seit November 1998 immerhin Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, sagt sogar: "Ich bin der festen Überzeugung, dass die USA in Deutschland keine Wirtschaftsspionage betreiben." Berichte, in denen das Gegenteil behauptet wird, sind für Uhrlau schlicht "Humbug". Dabei verweist er gerne auf seine Gespräche mit dem CIA-Chef George Tenet, in denen ihm versichert worden sei, Wirtschaftsspionage gehöre nicht zu den Aufgaben der US-Dienste.

Nachdem die Berichte über das Ausspähen der deutschen Wirtschaft nicht abreißen wollten, gingen die Amerikaner im November in die Offensive. NSA-Chef Michael Hayden lud erstmals den deutschen Geheimdienstkoordinator Uhrlau und den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) August Hanning zur Besichtigung der US-Lauschanlage im bayerischen Bad Aibling ein.

Anschließend gab der US-Geheimdienstchef gar die Versicherung ab, Bad Aibling sei und bleibe "weder gegen deutsche Interessen noch gegen deutsches Recht gerichtet". Damit lenkt Hayden freilich nur vom Umstand ab, dass die NSA vom britischen Menwith Hill aus, wo sich die größte Abhöranlage der Amerikaner befindet, bis nach Moskau jedes Telefonat abfangen kann. Beim Treff der Bundesakademie für Sicherheit gingen schließlich sogar Ministerialrat Hans-Josef Vorbeck die Argumente aus. Nach mehrstündiger Debatte räumte er kleinlaut ein: "Wir sind im Grunde darauf angewiesen, den Amerikanern zu glauben."